

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



Liebe Mitglieder, liebe Freund_innen, liebe Humanist_innen,

ein weiteres Jahr neigt sich dem Ende entgegen und ich freue mich, Ihnen heute für das Präsidium von diesem ereignisreichen und erfolgreichen Jahr für unseren Verband berichten zu können:

KdöR Festakt

„Seit über einem Jahrzehnt hat der Senat keine Körperschaftsrechte mehr an eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft verliehen. Das ist heute anders und mit gutem Grund“, sagte Kultursenator Dr. Klaus Lederer bei unserem Festakt zur Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Neben einer Reihe von Einzelbegünstigungen sei die Verleihung auch an die Übernahme erheblicher Verantwortung gebunden. Man dürfe also erwarten, „dass die beliehene Gemeinschaft ihre eigene weltanschauliche, als auch die zivilgesellschaftliche, Aufgabe dauerhaft erfüllt“, so Lederer weiter.

Mit der Verleihung ist für uns ein wichtiger Teil der verfassungsrechtlich verankerten und seit fast 100 Jahren versprochenen Gleichbehandlung mit den Religionsgemeinschaften eingelöst worden. Aber es braucht weiterhin echte Gleichstellung, weshalb wir uns weiterhin für die Besetzung des rbb-Rundfunkrates, für die Schaffung humanistischer Forschungs- und Qualifikationsstrukturen an Hochschulen und eine angemessenere Würdigung unserer Beiträge für das Stadtleben im Rahmen von verlässlicher staatlicher Finanzierung einsetzen.

Zunehmende Staatliche Anerkennung

Wir spüren, dass wir mit der Körperschaftsanerkennung auch stärker als gesellschaftlich relevanter Akteur von Politik und Verwaltung, aber auch von den Kirchen wahrgenommen werden. Immer wieder werden wir zu Diskussionen und repräsentativen Veranstaltungen eingeladen. Höhepunkt war sicherlich unsere Teilnahme am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in der Berliner Staatsoper sowie unsere Teilnahme am Bürgerfest auf der Straße des 17. Juni.

Dort waren wir gemeinsam mit Religionsgemeinschaften und Dialoginitiativen mit einem Zelt vertreten. Mit uns im Zelt waren die evangelische und katholische Kirche, der Ökumenische Rat Berlin-Brandenburg, das House of One und das Berliner Forum der Religionen. Die verbindende Klammer des Zeltes lautete „Wasser ist Leben“. Wir haben dabei u.a. Wasser als Grundelement des Lebens, das Menschenrecht auf Wasser und die philosophische Tradition im Sinne von „Alles fließt“ thematisiert. Vor allem aber waren wir sichtbar und konnten viele Gespräche mit interessierten Bürger_innen führen.

Strategie Brandenburg

Nach der Anerkennung der Körperschaftsrechte in Berlin war es nur folgerichtig, dass wir auch den Schritt nach Brandenburg machen und dort Körperschaftsrechte

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



beantragen. Zugleich war uns vollkommen klar, dass wir diese Bemühungen nicht ohne die Brandenburger Regionalverbände anstellen können und wollen. Deshalb haben wir dem Vorstand den Auftrag gegeben, einen Strategieprozess mit den Brandenburger Regionalverbänden zu entwickeln.

Parallel dazu wurde eine Projektgruppe gegründet, die Kontakt zu den Regionalverbänden aufgenommen hat, um Probleme, Unterstützungsmöglichkeiten und die Perspektive der gemeinsamen Arbeit zu diskutieren und Positionen zum KdöR-Antrag in Brandenburg einzuholen. Unser erklärtes Ziel ist es, dass es eine gemeinsame Strategie des Landesverbandes und der Regionalverbände für Brandenburg gibt.

Im April, Mai und Juli haben Gespräche mit allen Regionalverbänden stattgefunden, im August dann ein Arbeitstermin in Brandenburg an der Havel, um den Körperschaftsantrag in Brandenburg gemeinsam mit den Regionalverbänden abzustimmen. Dieser konnte im September eingereicht werden und liegt dem Ministerium nun zur Prüfung vor.

Landesarbeitsgemeinschaft Feierkultur

Die Gespräche mit unseren Brandenburger Freund_innen und Kolleg_innen war ein erster Schritt, verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen und eine Basis für ein konstruktives Miteinander zu schaffen. Ein erstes schönes Ergebnis ist die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Feierkultur. In fast allen Regionen besteht großes Interesse, Humanistische Namens-, Ehe- und Trauerfeiern voranzubringen und diese als stetige Angebote in den Regionen weiter zu entwickeln.

Zu diesem Thema gab es Anfang Oktober eine eintägige Ideenwerkstatt mit den Regionalverbänden Potsdam-Potsdam-Mittelmark, Barnim, Märkisch-Oderland und Brandenburg, um gemeinsam den Status Quo zu erörtern und Perspektiven aufzuzeigen. Dazu gehörten Fragen wie: Wie ist eine gute Rede aufgebaut? Gibt es humanistische Rituale und wenn ja, welche? Braucht es eine Redner_innen-Ausbildung? Welche Module sollte eine solche Ausbildung enthalten? Wie organisieren wir eine solche Ausbildung? Wen sprechen wir an? Usw.

Ein erstes Ergebnis dieses Prozesses ist die Schaffung einer zentralen Anlauf- und Organisationsstelle in Berlin, mit der die Organisation und Koordination der Ausbildung von Feiersprecher_innen verankert werden soll. In der Anlaufstelle sollen zudem die Bedarfe der Regionalverbände zum Thema Humanistische Feierkultur aufgefangen werden. Ich hoffe und wünsche mir – analog zu der seit Jahren erfolgreich arbeitenden LAG JugendFEIER – eine intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg.

Gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Mit Blick auf die anstehenden Aufgaben in Brandenburg und die stete Zunahme der Vielfalt unserer Aktivitäten hat das Präsidium die Bitte von Katrin Raczynski, einen

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



zweiten Vorstand zu berufen, aufgegriffen und eine Findungskommission gegründet, um diese Stelle zügig zu besetzen. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, mit David Driese einen erfahrenen und von uns allen geschätzten Kollegen aus dem Verband heraus für die Position gewinnen zu können.

Zugleich müssen wir feststellen, dass das ehrenamtliche Präsidium angesichts des Wachstums des Verbandes bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zusätzlicher hauptamtlicher Unterstützung bedarf. Wie diese ausfallen kann, ist Grundlage weiterer Diskussionen. Es gibt unterschiedliche Modelle, von der Etablierung einer Geschäftsstelle beim Präsidium bis hin zur Unterstützung durch eine_n Referent_in in den vorhandenen Strukturen.

Ich möchte an dieser Stelle aber betonen, dass die Zusammenarbeit mit dem Vorstand sehr vertrauensvoll verläuft.

Positionen und Beschlusslagen

Unsere Sommerklausur nutzten wir, um die Beschlusslagen des Bundesverbandes und der Broschüre „Gläserne Wände“ zu sichten und zu bewerten. Ziel ist es, bestehende Positionen stärker zu berücksichtigen, notwendige Präzisierungen vorzunehmen und fehlende Beschlusslagen zu schaffen, etwa zur Geflüchtetenhilfe, zu Fragen der Gefangenen- oder Soldatenberatung, zur Finanzierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften oder zur Sterbekultur in Deutschland.

Diese Themen sind unseres Erachtens vorrangig im Bundeskontext zu diskutieren. Es gibt aber auch länderspezifische Themen, die wir in Berlin und Brandenburg angehen wollen und müssen. Es braucht eine Position zu einem neuen gesetzlichen Feiertag in Berlin, wir wollen über unser Selbstverständnis als Vertretung von religionsfreien Menschen in unserer Region diskutieren und die Mitgliederarbeit verbessern.

Mitglieder

Wir wollen im Mitgliederbereich wachsen, sind da aber momentan noch nicht so erfolgreich, wie wir das gern wären. Kleine Strukturen wie Bezirksgruppen haben nicht den erhofften Zulauf, wir brauchen neue Formate. Unsere Mitglieder wünschen sich mehr Anbindung an den Verband. Deshalb werden wir die Mitgliederangebote und die Mitgliederbetreuung 2019 an zentraler Stelle bündeln, um sie von dort auszubauen.

Um mehr Mitglieder zu erreichen brauchen wir aber auch mehr Sichtbarkeit. Die erhoffen wir uns von einer Kampagne, von der wir später noch hören werden. Sie soll mehr Aufmerksamkeit auf uns lenken und die Möglichkeiten, sich bei uns einzubringen, in den Vordergrund stellen.

Sinnvoll wird es aber auch sein., Kooperationen zu suchen, wo sich Zielgruppen überschneiden.

Bundesverband

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



Ergebnis einer sehr konstruktiven Bundesverbands-Strategietagung und Präsidiumssitzung des Bundes vom 21. und 22. Oktober ist eine Strukturreform, die darauf abzielt, einen schlankeren, handlungsfähigeren Bundesverband als Dachverband der ihm angehörenden Organisationen zu etablieren. Das Bundespräsidium hat eine Arbeitsgruppe „Struktur und Finanzierung Bundesverband“ damit beauftragt, die die Diskussionsergebnisse weiterentwickeln soll, Berlin-Brandenburg ist daran beteiligt. Aufgaben der AG sind die Entwicklung eines Satzungsentwurfs und die Entwicklung eines tragenden Finanzierungsmodells. Wir hoffen sehr, dass die Strukturreform Grundlage für einen noch handlungsfähigeren und sichtbareren Bundesverband wird.

Berliner Neutralitätsgesetz

Nach dem Beschluss des Antrags der letzten Mitgliederversammlung zum „substanziellen Erhalt des Berliner Neutralitätsgesetzes“ haben wir die Initiative der Bildungsabteilung unterstützt, ein öffentliches Podium zu dieser Frage stattfinden zu lassen. Im September fand diese unter dem Titel „Schutz oder Einschränkung?“ statt und wir freuen uns, dass wir einen so prominenten und facettenreichen Beitrag zur Berliner Debatte leisten konnten. Bildungsstaatssekretär Mark Rackles, Sanem Kleff vom Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«, Naïla Chikhi von der Initiative Pro Neutralitätsgesetz, Winfriede Schreiber, Leiterin des Verfassungsschutzes Brandenburg a.D. und Prof. Dr. jur. Matthias Mahlmann von der Universität Zürich diskutierten über Pro und Kontra des Berliner Neutralitätsgesetzes. Für uns war das eine wichtige Veranstaltung, weil es die verschiedenen Argumente aufzeigte und uns ermöglichte, über den eigenen Tellerrand zu schauen und zu hören, was andere zu sagen haben. Denn genau das machen doch Aufklärung und Humanismus aus: dass sich Menschen begegnen, austauschen und Argumente zählen.

Eine Erweiterung fand die Debatte durch die Petition „Den Kopf frei haben“ von Terres des Femmes. Darin wird ein generelles Kopftuchverbot für Minderjährige gefordert. Im Präsidium wurde engagiert über das Anliegen der Petition diskutiert und wir haben uns entschieden, die Petition als Landesverband vorerst nicht zu unterzeichnen. Zugleich gibt es hier noch einigen Diskussions- und Klärungsbedarf. Dieser Klärungsbedarf verknüpft sich auch mit der grundsätzlichen, profil- und identitätsrelevanten Fragestellung, wie religionskritisch wir sein wollen und werden die Diskussion hierzu weiterführen und vertiefen.

Landesantidiskriminierungsgesetz

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung hat uns im Sommer gebeten, zum Referenten-Entwurf eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) Stellung zu nehmen. Unser Vizepräsident Dr. Thomas Heinrichs hat gemeinsam mit unserem

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



Weltanschauungsreferenten Dr. Alexander Bischof eine entsprechende Positionierung für unseren Verband verfasst. Darin begrüßen wir den Erlass eines solchen Gesetzes und die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf das Merkmal „sozialer Status“. Auch die vorgesehenen positiven Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Förderung eines wirklich gleichberechtigten Zusammenlebens aller Menschen findet unsere volle Unterstützung.

Insgesamt ein gelungener Entwurf, dennoch haben wir an einer Stelle Änderungsbedarf angemeldet. Um als Organisation gegen Diskriminierung zu klagen, wurde ein Verbandsklagerecht eingeführt. Dies gilt für Antidiskriminierungsverbände. Wir haben vorgeschlagen, dies auch auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu erstrecken, da diese keine dezidierten Antidiskriminierungsverbände sind. Denn wer, wenn nicht wir, soll Menschen vertreten, die sich aufgrund ihrer humanistischen Haltung diskriminiert sehen – etwa weil sie als Krankenschwester bei einem kirchlichen Arbeitgeber arbeiten wollen.

Dialog der Weltanschauungen

Gemeinsam mit der Humanistischen Akademie haben wir zwei große Veranstaltungen durchgeführt. Bei „Religion first“ im Juni diskutierte Vizepräsident Thomas Heinrichs mit den Berliner Abgeordneten Bettina Jarasch, (Bündnis 90/Die Grünen), Regina Kittler (Die Linke) und Ülker Radziwill (SPD) zur Frage der Diskriminierung nicht religiöser Menschen in Deutschland und zur Zukunft der Religions- und Weltanschauungspolitik am Beispiel Berlins. Die Berliner Politikerinnen auf dem Podium waren sich mit Thomas Heinrichs einig, dass auch humanistische Lehrstühle an den Berliner Hochschulen eingerichtet werden müssen. Ebenso wurde die Forderung nach einem *gemeinsamen* Dialog der Weltanschauungen und Religionen für berechtigt gehalten, der die bisher getrennt stattfindenden Veranstaltungen ersetzt. Ein großer Erfolg in der politischen Debatte!

Erst letztes Wochenende fand die zweite Veranstaltung unter dem Titel „Zu viel Identität?“ statt. Bei diesem Dialogforum ging es um die Bedeutung von Religion und Weltanschauung für die Integration.

Unser Engagement gegen Rechts

Berlin und Brandenburg bilden keine Ausnahme, wenn wir uns die gesellschaftlichen Entwicklungen ansehen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Aktivitäten, Menschenhass und Rassismus nehmen zu. Vollkommen einig sind wir uns darin, dass wir den Rechtsruck nicht schweigend hinnehmen können. Oder um Thea aus Königs Wusterhausen zu zitieren: „Wir stehen dagegen.“ Menschenhass, Gewalt und Intoleranz sind mit uns nicht zu haben – weder als Provokation im gesellschaftspolitischen Diskurs noch als Verhaltensweise im Alltag.

Entsprechend engagieren wir uns in beiden Ländern in verschiedenen Bündnissen. In Brandenburg machen wir uns im Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt,

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv und beim Bündnis für Brandenburg zur Integration von Flüchtlingen durfte ich für uns erstunterzeichnen. In Berlin unterstützen wir das Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin und mobilisieren in dem weltanschaulich und politisch übergreifenden Bündnis für Proteste gegen Rechts. Bei der Aktion „Ein Cent gegen Nazis“ - Spendenlauf für Menschenrechte gegen den so genannten „Heiß-Marsch“ in Berlin-Spandau ermutigte ich die Berliner_innen, im Kampf gegen Rechts nicht nachzulassen.

Unser politisches Engagement

Im Präsidium unterstützen wir die Bemühungen und Aktivitäten in unseren Projekten ausdrücklich. Ich kann an dieser Stelle auch all jenen sagen, die bei uns arbeiten, dass wir im Kampf gegen Rechts und dem Einsatz für Vielfalt und Toleranz hinter Ihnen stehen. Wenn Sie sich gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten positionieren, dann tun Sie dies im Sinne unseres Verbandes.

Im Sinne des Verbandes war natürlich auch die rege Teilnahme an der #unteilbar-Demonstration in Berlin, die mit fast 250.000 Teilnehmenden eine der größten Demonstrationen im Nachkriegsdeutschland war. Nun könnte man meinen, dass wir in dieser Menschenmenge sicherlich kaum aufgefallen sind. Aber das Gegenteil war der Fall. Die Delegation, die sie hier sehen, wuchs während der Eröffnungskundgebung noch an. Viele stießen etwas später dazu, nicht wenige Humanist_innen liefen bei anderen Organisationen oder einfach „privat“ mit. Und dennoch gab es einen sichtbaren blauen Block. Ich war sicher nicht der einzige, der an diesem Tag den ein oder anderen Gänsehautmoment hatte.

Historischer Arbeitskreis

In den letzten Monaten beschäftigten wir uns auch intensiv mit der Etablierung eines historischen Arbeitskreises. Vor dem Hintergrund des Generationenwechsels im Verband müssen das Historische Archiv sortiert und die Verbandshistorie schriftlich fixiert werden. Neben Fachkenntnis braucht es dabei auch Zeitzeugen. Ich freue mich, dass es gelungen ist, Manfred Isemeyer für die Leitung des historischen Arbeitskreises zu gewinnen. Das erste Treffen des Historischen Arbeitskreises hat mit 10 ehrenamtlich Aktiven am 18. Oktober stattgefunden.

Ein Hoch auf das Ehrenamt

Gemeinsam mit der Humanismus Stiftung Berlin, der ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich für ihr vielseitiges Engagement für unseren Verband in all seiner Vielfalt einsetzt, ehren wir einmal zu Jahresbeginn das ehrenamtliche Engagement von hunderten Freiwilligen in unseren Projekten. Wir sind Ihnen sehr dankbar, dass sie sich hier so engagiert und verlässlich und mit ganzen Herzen einbringen. Zugleich machte Vizepräsidentin Dr. Felicitas Tesch in Ihrer Rede deutlich, dass ehrenamtliches

Bericht des Präsidiums zur Mitgliederversammlung am 17. November 2018



Engagement nicht die staatlichen Sozial- und Wohlfahrtsaufgaben ersetzen darf. Freiwilliges Tun darf nicht zur Grundvoraussetzung unseres Sozialstaats werden. Künstlerisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch den Berliner Rapper und Inklusionsbotschafter Hans-Friedrich Baum alias Graf Fidi, den Kinderzirkus Springling des Zirkus Cabuwazi und die preisgekrönten Tänzer_innen der Eastside Fun Crew aus Bernau

Liebe Mitglieder, Sie sehen, das war ein turbulentes Jahr. Lassen Sie uns auch weiterhin gemeinsam für eine Gesellschaft einsetzen, die von Miteinander statt Gegeneinander, von Anteilnahme und Fürsorge statt von Hass und Ausgrenzung geprägt ist. Humanist_innen und ihr Engagement werden mehr gebraucht als je zuvor. (...)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.